

"Schluss JA - Schulschließung NEIN": Unter diesem Titel hat die ÖVP Linz gestern ihre Aktivitäten gegen die geplante Schließung von vier Linzer Volksschulen gestartet. Ein Element ist auch ein entsprechender Dringlichkeitsantrag, den die ÖVP-Fraktion am kommenden Donnerstag im Gemeinderat einbringen wird. Über dessen Inhalt und die Argumente, die aus Sicht der ÖVP Linz gegen die geplante Schließung der vier Linzer Volksschulen sprechen, informieren heute ÖVP-Stadtparteichef Vbgm. Dr. Erich Watzl, ÖVP-Klubobmann Mag. Thomas Stelzer zusammen mit dem Bezirksobmann des Christlichen Lehrervereines (CLV) Paul Kimberger. Dieser ist zugleich auch Vorsitzender der Landessektion Pflichtschullehrer in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst Oberösterreich.

Bekanntlich hat die SPÖ angekündigt, künftig auf die Volksschulen Mengerschule (VS 40, Auhof), Stelzhamerschule (VS 1, Stockhofviertel), Robinsonschule (VS 49, Urfahr) und Stadlerschule (VS 43, Bindermichl) verzichten zu wollen. Laut Plänen der SPÖ soll es an der Mengerschule und an der Stelzhamerschule schon im kommenden Kalenderjahr keine neue Schuleinschreibung mehr geben. Im Gebäude der Robinsonschule soll künftig die Polytechnische Schule Urfahr, im Gebäude der Stadlerschule die Polytechnische Schule Spallerhof untergebracht werden.

Die ÖVP Linz betrachtet diese Pläne der Linzer Sozialdemokraten als völlig unbegründeten Einschnitt in das wohnortnahe Schulangebot:

- Es fehlt jegliche konzeptionelle Grundlage für Schließungen,
- es fehlen Angaben über die Zukunft der Schüler der bedrohten Schulen
- es fehlen Angaben über angedachte künftige Sprengel-Einteilungen und
- es fehlen Angaben über geplante begleitende Investitionen

Es drängt sich daher der Verdacht auf, dass seitens des Bildungsreferenten und der SPÖ aus rein finanziellen Erwägungen zum Kahlschlag in der Linzer Bildungslandschaft angesetzt wird. Dafür ist die ÖVP Linz sicher nicht zu haben. Außerdem kann es generell ohne Einbindung der jeweiligen Schulgemeinschaften (Lehrkräfte, Eltern, Schüler) zu keinen zukunftsweisenden Weiterentwicklungen in der Bildungslandschaft kommen.

AUFWÄRTSTREND BEI SCHÜLERZAHL

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die ÖVP Linz jegliche konzeptionelle Begründung für die seitens des Bildungsreferenten angekündigten Volksschul-Schließungen vermisst. Aus der veröffentlichten Bevölkerungsprognose des Amtes für Stadtforschung ("Bevölkerungsprognose für Linz 2004-2015; Linz, Mai 2004) lässt sich jedenfalls für die nächsten zehn Jahre kein eindeutiger Trend der Entwicklung der Schülerzahlen ableiten.

Dort wird mit unterschiedlichen Migrations-Szenarien hantiert, wobei für die Zahl der Kinder in der Stadt Linz folgende Prognosewerte bis 2015 abgeleitet werden:

Für die **Altersgruppe der 0-5-Jährigen** errechnet das Amt für Stadtforschung bis zum Jahr 2015 einen Rückgang um 6,8 Prozent bei einer jährlich ausgeglichen Wanderungsbilanz, einen Rückgang um 2,7 Prozent, wenn jährlich 500 Menschen mehr zuwandern als abwandern und einen Anstieg um 1,3 Prozent, wenn jährlich 1000 Menschen mehr nach Linz zuwandern als abwandern.

Die gleichen drei Wanderungs-Szenarien wurden vom Amt für Stadtforschung bis 2015 auch für die **Altersgruppe der Volksschulkinder (6-9-Jährige)** durchgerechnet. Dort ergibt sich bei ausgeglichener Wanderungsbilanz ein Rückgang um 5,9 Prozent, bei einem jährlichen Wanderungsgewinn von 500 ein Rückgang um 2,3 Prozent und bei einem jährlichen Wanderungsgewinn von 1000 ein Zugewinn der Volksschulkinder um 1,2 Prozent.

Auch die Entwicklung bei den Kindern in **der Altersgruppe zwischen 10 und 14 Jahren** wurden vom Amt für Stadtforschung errechnet. Daraus ergibt sich bei ausgeglichener Wanderungsbilanz bis 2015 ein Rückgang um 11,6 Prozent, bei einem jährlichen Wanderungsgewinn von 500 ein Rückgang um 9,1 Prozent und bei einem jährlichen Wanderungsgewinn von 1000 ein Rückgang um 6,7 Prozent.

Zur Eruiierung eines realistischen Wanderungs-Szenarios bis 2015 hat die Arbeitsgruppe Migration der ÖVP Linz die Wanderungsentwicklung der letzten fünf Jahre analysiert (2001 bis 2005). In diesem Zeitraum sind laut Statistik Austria 7.759 Menschen mehr nach Linz zugewandert als abgewandert. Daraus errechnet sich ein durchschnittlicher jährlicher Wanderungsgewinn von 1.551 Personen.

Somit erscheint es aus heutiger Sicht angebracht, hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Kinderzahl in der Stadt Linz zumindest das Migrations-Szenario eines jährlichen Wanderungsgewinnes von 1.000 Personen als realistisch anzunehmen. Daraus lässt sich nun für die Zahl der Kinder laut Analyseverfahren des Amtes für Stadtforschung bis 2015 folgender Trend ableiten:

- ein **Anstieg der Kinder** zwischen 0 und 5 Jahren von derzeit 10.309 auf dann 10.443 (plus 134 Kinder)
- ein **Anstieg der Kinder** zwischen 6 und 9 Jahren von derzeit 6.613 auf dann 6.692 Kinder (plus 79 Kinder) und
- ein Rückgang der Kinder im Alter zwischen 10 und 14 Jahren von derzeit rund 8.900 auf 8.303 im Jahr 2015 (minus 597).

Rechnet man nun diese Prognose auf Basis der Berechnungen des Amtes für Stadtforschung auf die derzeit gesetzlich festgelegten maximalen Klassenschülerhöchstzahlen (30) um, ergibt sich für den Linzer Volksschulbereich bis zum Jahr 2015 sogar an Zusatzbedarf an 2,6 Klassen und kein sinkender Bedarf. Weiters ist darauf hinzuweisen, dass seitens des Bundes im Moment sogar eine Senkung der maximalen Schülerzahl pro Klasse auf 25 untersucht wird. Dann liegt der Klassen-Zusatzbedarf in den Linzer Volksschulen bis zum Jahr 2015 bei 3,2 Klassen.

Zumindest für die Stelzhamerschule (VS 1) und für die Volksschule Mengerstraße (VS 40) zeigen auch die Anmeldungen für das kommende Schuljahr keine rückläufige Tendenz. Laut Angaben des Bezirksschulrates wird es in der Stelzhamerschule bei 14 Schülern in der ersten Klasse bleiben und in der Volksschule Mengerstraße bei 22 Schülern in der ersten Klasse.

Für die Volksschule Stadlerstraße wird derzeit für das kommende Schuljahr ein Rückgang der Schulanfänger von 32 auf 21 vorher gesagt, für die Robinsonschule (VS 49) ein Rückgang von 35 auf 29 Schüler in der ersten Klasse.

Fest steht für die ÖVP Linz jedenfalls: Auf Basis der Bevölkerungsprognose des Amtes für Stadtforschung lässt sich beim derzeitigen Ausmaß der Zuwanderung nach Linz kein Bedarf an Volksschul-Schließungen ableiten. Demnach wird nämlich die Zahl der 0-bis-5-Jährigen bis 2015 um 134 steigen und die Zahl der 6-9-Jährigen um 79 Kinder.

Die ÖVP hielte eine Schließung von Standorten auch für die **bildungspolitisch** falsche Antwort auf die wachsenden Herausforderungen in Sachen Wissen und Integration. Gefordert sind die Unterstützung pädagogischer Schwerpunkte, die Förderung neuer Formen des Lernens und die Unterstützung integrativer Programme.

Auch in dieser Hinsicht sind die vorgelegten Schließungspläne der völlig falsche Ansatz:

- An allen von der Schließung bedrohten Volksschulen gibt es eine hohe Zufriedenheit der Eltern mit den angebotenen Unterrichtsmethoden
- Die Stelzhamerschule weist einen Anteil der Kinder nicht-deutscher Muttersprache in Höhe von 87,7 Prozent auf. Auch in der Stadlerschule und in der Robinsonschule liegt dieser Anteil immerhin noch bei 17 Prozent.
- Auch angesichts des zunehmenden Trends zur Förderung Hochbegabter und der zuletzt erfolgreich verlaufenen "Kinder-Uni Linz", erachtet es die ÖVP als un kreativ und undurchdacht, auf den Volksschul-Standort Mengerstraße in unmittelbarer Nähe zur Johannes-Kepler-Universität verzichten zu wollen.
- Gerade auch die Robinsonschule (VS 49, Kaltenhauserstraße) zeichnet sich durch kreative pädagogische Ansätze aus: seit vier Jahren selbstorganisiertes Angebot an Nachmittagsbetreuung, Betreuung an schulfreien Tagen und zu Ferienzeiten, eigener Schulzoo für Projekte im Sachunterricht, Anbau von Obst und Gemüse im schuleigenen Garten, gemeinsamer Bau eines Biotops, neue Pläne für ein Projekt "Bewegte Pause", etc.

ÖVP FORDERT ZUKUNFTSPROGRAMM

Die ÖVP verschließt nicht die Augen vor dem generellen Trend der rückläufigen Geburtenzahlen. Allerdings zeigt die detailliertere Analyse der Bevölkerungsprognose einschließlich des Faktors Migration, dass die Reaktion in der Linzer Schulpolitik darauf vorher einer tiefgreifenden Vorbereitung bedarf. Daher lehnt die ÖVP Linz die nunmehr von der SPÖ und Bildungsstadtrat Mayr vorgelegten Pläne für die Schließung von vier Linzer Volksschulen aus unausgegorene, rein finanziell motivierte Schnellschüsse ab.

Die ÖVP Linz versteht die Entrüstung der Eltern, Schüler und Lehrer an den von der Schließung bedrohten Volksschulen. Unter dem Titel "Schluss JA - Schullschließung NEIN" startet die ÖVP daher Aktivitäten, die die Proteste der Schulgemeinschaften unterstützt. Die Kampagne umfasst Protest-Plakate in den betroffenen Stadtvierteln und eine Reihe von Kontakten mit den Schulleiterinnen und Elternvereinen.

Gleichzeitig bringt die ÖVP Linz in der Gemeinderatssitzung am kommenden Donnerstag einen **Dringlichkeits-Antrag** ein, in dem der Bildungsstadtrat aufgefordert wird, vom genannten Zeitplan für Schulschließungen Abstand zu nehmen und den Weg konstruktiver Gespräche über ein Zukunftskonzept für die Linzer Pflichtschulen einzuschlagen.

Als Wege dafür hat die Arbeitsgruppe das "**Berliner Modell**" und Pilotprojekte für **Schulentwicklungspläne** in den Städten Berlin und Hamburg eingehend analysiert.

Grundsätzlich geht es der ÖVP Linz dabei darum, ein Modell zu entwickeln, wie die Linzer Schullandschaft auf Basis nachhaltig haltbarer Bevölkerungszahlen und auf Basis transparenter Kriterien (Pädagogik, Integration etc.) regional weiterentwickelt werden soll. In die Erarbeitung dieses Konzeptes sind externe pädagogische Experten, die Schulleiter der Linzer Pflichtschulen und Elternvertreter von Beginn an einzubinden. Erst auf Basis eines solchen umfassenden, partnerschaftlich erarbeiteten Zukunfts-Konzeptes ist die ÖVP bereit, weitere Entwicklungen politisch zu diskutieren. Darauf zielt auch der Dringlichkeitsantrag ab, den die ÖVP am Donnerstag im Gemeinderat einbringen wird.

1) Ausgangspunkt ist dabei eine jährlich aktualisierte Prognose über die weitere Entwicklung der Schülerzahlen in den einzelnen Linzer Stadtregionen. Dabei muss im Zukunftsprogramm auch festgeschrieben sein, dass eine nachhaltige Bedarfsplanung eine laufende, regionale, definitive und haltbare Bevölkerungsprognose braucht. Diese legt jeweils das Amt für Stadtforschung offen vor.

2) Wichtig ist von Beginn an die Verankerung folgender Maßstäbe im Zukunftsprogramm für die Linzer Pflichtschulen: offene Information, Kooperation und Transparenz. Für den Fall, dass eine regionale Bevölkerungsprognose tatsächlich die Notwendigkeit einer Reform der Schulstruktur aufzeigt, muss schon im Vorhinein ein Katalog festgeschrieben sein, welche Kriterien und Belange bei der Entscheidung für oder gegen einen Standort zu berücksichtigen sind. Ziel dieses Kriterien-Kataloges ist es, dass keine rechtlichen Mängel auftauchen und die Interessen aller Betroffenen voll gehört und berücksichtigt werden.

3) Gleichzeitig muss sich in diesem Fall - dazu steht die Vorgangsweise des Linzer Bildungsreferenten ebenfalls in krassem Gegensatz - ein begleitender Planungsprozess in Gang gesetzt werden, wie und mit welchem Investitionsaufwand Schulstandorte sinnvoll miteinander verknüpft werden können und wie dafür finanziell und personell vorgesorgt werden kann und muss.

4) Sinnvoll erscheint es, dafür im Fall des Falles im Zukunfts-Programm die Einsetzung einer Steuerungsgruppe festzuschreiben. Dieser sollen Vertreter der Schulverwaltung ebenso angehören wie die Schulleiter der jeweils betroffenen Schulen sowie weitere Vertreter der Lehrerschaft. Diesem Team soll im Fall des Falles auch die Einbindung und Information insbesondere auch der Eltern, Schüler, beschäftigten Servicekräfte etc. obliegen.

5) Weiters erscheint es angebracht, dass seitens der Stadtverwaltung frühzeitig überlegt wird, ob und wie der aufzulassende Schulstandort (insbesondere auch Sporteinrichtungen) in der Zukunft genutzt werden kann oder soll.

6) Als Kriterien und Belange, die bei der Entscheidung über eine etwaige Auflassung eines Schulstandortes zu überlegen sind, schlägt die ÖVP Linz jedenfalls vor:

- Schülerandrang
- Aufrechterhaltung des wohnortnahen Schulangebotes
- Sicherer Schulweg, möglichst kurzer Schulweg, Verkehrsanbindung
- Erhalt bewährter pädagogischer Programme und Angebote
- Sicherung bestehender Ganztagsangebote
- Erhaltung einer regional ausgewogenen Schul-Struktur mit einem gut erreichbaren, möglichst wohnortnahen Angebot aller Schularten
- Erhaltung von Schulen besonderer pädagogischer Prägung und mit vom Mainstream abweichenden Organisationsformen

Im Dringlichkeitsantrag, den die ÖVP Linz am kommenden Donnerstag einbringen wird, wird der Bildungsreferent daher aufgefordert, im Sinne der Bildungsqualität für die Kinder, der Planungssicherheit für die Eltern und letztlich auch im Sinne der Zukunftsfähigkeit des Pflichtschulstandortes Linz ehest möglich dem Gemeinderat eine mittelfristige Planung für die beabsichtigte Entwicklung vorzulegen. Dabei solle es nicht nur um die Zukunft der einzelnen Pflichtschulstandorte gehen, sondern auch um geplante Initiativen für neue pädagogische Schwerpunkte, die flächendeckende Erhaltung der Angebotsvielfalt, integrative Initiativen und auch um Möglichkeiten einer Attraktivierung der Hauptschulen.

HERAUSFORDERUNG INTEGRATION

Mit der geplanten Schließung insbesondere der VS 1 (Stelzhamerschule) bleibt die SPÖ leider auch ihrer Linie treu, vor Integrationsproblemen die Augen zu verschließen und integrative Ansätze zu blockieren. Immerhin handelt es sich bei der VS 1 in der Tegetthoffstraße um die Volksschule mit dem höchsten Anteil an Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache (87,7 Prozent).

Das Negieren und Verschieben von Problemen ist nach Ansicht der ÖVP Linz nicht die Lösung. Wir halten dem den Ansatz entgegen, Schulen in Einzugsbereichen mit hohem Migranten-Anteil zu Integrationszentren im Stadtteil aufzuwerten. Auch diesbezüglich hat die Arbeitsgruppe zwei Modellprojekte in Deutschland genauer unter die Lupe genommen. Das Projekt "Bildungsregion Offenbach Innenstadt" und das Modell "Stadtteilschule Karlschule" in der Stadt Hamm. Leider hat die SPÖ erst in der letzten Sitzung des Gemeinderates einen in diese Richtung gehenden Antrag der ÖVP abgelehnt.

Bildungsregion Offenbach Innenstadt

"Im Rahmen des Programmes soll erreicht werden, dass der Stadtteil von allen dort aktiven Bildungs- und Erziehungsinstitutionen als eine gemeinsame Bildungsregion mit einem gemeinsamen Integrationsauftrag verstanden wird. Außerdem sollen alle professionellen und bürgerschaftlichen Institutionen im Stadtteil gewonnen werden, sich an diesem Programm und seiner Umsetzung zu beteiligen. (...) Unser Programm soll durch Zusammenführung, Vernetzung und Qualifizierung die notwendigen Synergien freisetzen, um dem Auftrag der Integration von Migranten auf hohem Niveau nachkommen zu können", heißt es in den Satzungen.

Die Stadt war in dieser Hinsicht Vorreiter und Impulsgeber:

-
- Die Kindergärten im Stadtteil entwickeln ein mit den dortigen Schulen und mit den Migranten-Eltern abgestimmtes Konzept für die Heranführung der Kinder an die Schule, für die Möglichkeit und Motivierung der Eltern zur Mitwirkung am Bildungsprozess etc.
 - Die Horte und Schulen im Stadtteil wiederum haben ein Leitbild entwickelt, wie schul-begleitende integrative Betreuung am besten organisiert wird,
 - Schulverwaltung, Sozialamt und Arbeitsamt im Stadtteil entwickeln gemeinsam ein Leitbild zur Förderung und Vermittlung junger Migranten
 - Streetworker, Polizei und Schulbehörde arbeiten regelmäßig in einem Stadtteil-Arbeitskreis zusammen, um Brennpunkte im Stadtteil zu erkennen und gemeinsam Lösungen herbeizuführen.

So sieht nach Ansicht der ÖVP das Zukunftskonzept für Linzer Pflichtschulen mit hohem Migranten-Anteil aus. Die Lösung besteht in der Vernetzung der Schule mit den Behörden und mit dem Stadtteil, nicht in der Schließung solcher Schulen und in der Verlagerung der Probleme an einen anderen Standort! Beispielgebend dafür sind auch die Initiativen an der "Karlschule" in der deutschen Stadt Hamm.

Die Stadtteilschule Hamm

Die "Karlschule" Hamm versteht sich in ihrem Leitbild als "Stadtteilschule". Die Hauptschule mit 300 Schülern verschiedener Nationalitäten war vor dem Start des Programmes gekennzeichnet durch laufende Feindseligkeiten und Aggression. Daher wurde zunächst mit den Schulpartnern ein interner "Runder Tisch" zur Lösung von Ausländerproblemen installiert, in weiterer Folge das Projekt Stadtteilarbeit gestartet.

Die Schule und ihre Lehrkräfte waren dabei Impulsgeber und sind es geblieben. So setzte sich die Schulgemeinschaft für die Einrichtung eines Stadtteilbeirates ein, der mittlerweile die Errichtung eines Stadtteilbüros im Geviert erreicht hat.

Die Schule wurde dadurch zum Integrationszentrum und zur Anlaufstelle im Stadtteil. Als unmittelbare Schulpartner konnten gewonnen werden: Stadtverwaltung, Sozialorganisationen, andere Schulen, Kindergärten, Polizei, Meinungsbildner unter den Stadtteilbewohnern mit Migrationshintergrund.

Doch Vertreter der Karlschule arbeiten nicht nur federführend im Stadtteilbeirat, die Schule setzt auch Zeichen für die Aufwertung des Gevierts: Sanierung eines Spielplatzes, Pflege einer Grünfläche mit Obstbäumen, Handwerksarbeiten für Gestaltung einer Grünfläche, Räumung und Säuberung öffentlicher Flächen, integrative Kursangebote in der Schule außerhalb der Unterrichtszeiten, gemeinsame Videoproduktion mit Senioren im Stadtteil etc. Im Sinne dieser zukunftsweisenden Modellprojekte in Deutschland wird es die ÖVP Linz nicht zulassen, dass die SPÖ durch Schulauflösungen Integrationsprobleme nur verlagert, statt sie zu lösen. Daher muss das mittelfristige Schulprogramm für Linz, das wir am kommenden Donnerstag vom Bildungsreferenten einfordern, insbesondere auch dem Aspekt der Migration und entsprechenden Lösungsansätzen hohes Augenmerk schenken!

KEINE "BILDUNGS-BATTERIEN"!

Wie das "Berliner Modell" unterstreicht, muss ein Kriterium vor einer etwaigen Zusammenlegung die Kompatibilität sein. Dabei sind die künftige Größe und das zur Verfügung stehende Raumangebot zu überprüfen. Auch dahingehend ist der Linzer Bildungsreferent bislang begleitende Vorschläge zu den Schließungs-Plänen schuldig geblieben.

Internationale Studien weisen aber auf die Gefahr hin, dass mit der Größe einer Schule und mit der Beengtheit der räumlichen Verhältnisse das Aggressionspotential der Schüler steigt. Dieses Problem darf nicht übersehen werden. Immerhin hat es nach Angaben der Polizei nach Vorfällen an Linzer Schulen bis Anfang März bereits 19 Anzeigen wegen Körperverletzung gegeben. Im gesamten Vorjahr waren es 40 derartige Anzeigen. Hinsichtlich der Auslöser für schulische Gewalt heißt es etwa bei Martina Dörflein von der

28.06.2006

Universität Würzburg: "Die Schul- und Klassengröße ist ein weiterer wichtiger Ursachenfaktor.(...) Die Lehrer erfahren an Schulen eine Überforderung durch Unüberschaubarkeit. Versteckte Ecken im Schulgebäude sind Verstecke für aggressive Tätigkeiten." (Würzburg, 2000) Auch Stefanie Plener von der Universität Halle weist in ihrer Arbeit "Aggression und ihre Beeinflussung durch situationale Hinweisreize" auf Zusammenhänge zwischen Beengtheit, Raumklima und Aggressivität von Schülern hin.

Das beste Negativ-Beispiel dafür ist die Hauptschule 23 in Ebelsberg. Dort hat sich zuletzt gezeigt, dass noch so ambitionierte pädagogische Konzepte und noch so engagierte Lehrkräfte scheitern, wenn seitens der Stadt Linz nicht die entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Mittlerweile hat die ÖVP für die HS 23 eine Lösung erreicht, die in den kommenden Sommerferien angegangen wird.

Weiters gibt es Studien aus den USA, die belegen, dass Kinder aus kleineren Grundschulklassen am späteren Bildungsweg besser abschneiden als andere Schüler. (siehe: Daily Mail, 30. Juli 2001 oder Guardian 15. Jänner 2001).

KONZEPT STATT SCHNELLSCHUSS!

Auch der Christliche Lehrerverein (CLV) wehrt sich gegen unreflektierte, rein finanziell und parteipolitisch motivierte Einschnitte in das wohnortnahe Pflichtschulangebot in der Landeshauptstadt Linz. Eine zukünftige Planung der Schullandschaft kann sinnvollerweise nur auf Basis konkreter Fakten, klarer Kriterien und unter Berücksichtigung der modernen Herausforderungen passieren. Zu diesen Herausforderungen gehören auch Sicht des CLV:

- Zuwanderung
- Wunsch nach modernen Form des Lehrens und Lernens

Beide Herausforderungen führen hin zur steigenden Notwendigkeit der Vermittlung von Werten und Werthaltungen. Auch unter dem Aspekt "Für das Leben lernen".

Der CLV hat daher schon zuletzt im Rahmen seiner Jahrestagung ein entsprechendes Positionspapier zur Zukunft der Pflichtschulen verabschiedet:

- Der CLV bekennt sich zum Begriff der "Humanen Leistungsschule"
- Der CLV bekennt sich zur verstärkten schulischen Pflege "WERTvoller Tugenden"
- Der CLV bekennt sich zum Leistungsangebot über die gesamte Bandbreite
- Der CLV bekennt sich zur "WERTgerichteten Erziehung - Religion als Pflichtfach"
- Der CLV bekennt sich zur Kulturleistung auf Gegenseitigkeit
- Der CLV bekennt sich zum Wert geschlechterspezifischer Förderkultur
- Der CLV bekennt sich zur Qualitätssicherung - Leistung als Wert

Daraus ist klar erkennbar, dass auch der Christliche Lehrerverein den nun vom Linzer Bildungsreferenten in einer Nacht-und-Nebel-Aktion vorgeschlagenen Schließungsplänen für Linzer Volksschulen nicht zustimmen kann. Als Interessensvertreter der Lehrkräfte weist CLV-Obmann Paul Kimberger insbesondere auch darauf hin, dass die Zukunft auch im Schulbereich nur partnerschaftlich zu gestalten sein wird. Insbesondere deshalb sind die Pläne des Bildungsreferenten nicht nur in ihrer Zielrichtung, sondern auch in ihrer Vorgangsweise entschieden abzulehnen. Es ist einfach inakzeptabel, dass Direktoren, Lehrer und Eltern so etwas aus der Zeitung vernehmen müssen, ohne vorher in irgendeiner Weise die Möglichkeit zur Stellungnahme gehabt zu haben.